

## Beschluss

SPD-Landesparteitag Brandenburg am 18. März 2000 in Mittenwalde

Antrag: D 5

Antragsteller: SPD Ortsverein Petershagen-Eggersdorf

1. Bei der geplanten Novellierung des Kita-Gesetzes muss der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder von 0-12 Jahren in dem Umfang erhalten bleiben, dass weder die Arbeitsverhältnisse der Eltern gefährdet noch die Neuaufnahme eines Arbeitsverhältnisses erschwert oder unmöglich gemacht wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung unter Beachtung des Kindeswohls muss gewährleistet bleiben.
2. Die Standards für Betreuung, Erziehung und Bildung im Kita-Bereich müssen landesweit gesichert sein.
3. Die im Landeshaushalt vorgesehenen Mittel zur Kita-Finanzierung sind den Kommunen direkt, z. B. über das Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung zu stellen. Die finanzielle Verantwortung für die Kitas soll in gemeinsamer Verantwortung anteilig vom Land, den Kommunen und den Eltern getragen werden.  
Wir brauchen einen fairen Lastenausgleich zwischen allen beteiligten Kostenträgern im Kita-Bereich.